



# Landtag von Baden-Württemberg

34. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 19. April 2012 • Haus des Landtags

Beginn: 12:32 Uhr

Schluss: 18:20 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin . . . . .	1835	3. <b>Fragestunde</b> – Drucksache 15/1557	
Antrag, den Antrag der Fraktion der CDU – <b>Entlassung des Ministerialdirektors Daniel Rousta</b> – Drucksache 15/1579 –, für dringlich zu erklären . . . . .	1835	3.1 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – <b>Dioxinverseuchte Bioeier</b> . . . . .	1856
Abg. Peter Hauk CDU (zur Geschäftsordnung) . . . . .	1835	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP . . . . .	1856, 1857
Abg. Claus Schmiedel SPD (zur Geschäftsordnung) . . . . .	1836	Minister Alexander Bonde . . . . .	1856, 1857
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP (zur Geschäftsordnung) . . . . .	1837	3.2 Mündliche Anfrage der Abg. Nicole Razavi CDU – <b>Citymaut</b> . . . . .	1858
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE (zur Geschäftsordnung) . . . . .	1838	Abg. Nicole Razavi CDU . . . . .	1858, 1859
Beschluss . . . . .	1839	Staatssekretärin Dr. Gisela Splett . . . . .	1858, 1859
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE (zur Geschäftsordnung) . . . . .	1839	Abg. Peter Hauk CDU . . . . .	1859
1. Aktuelle Debatte – <b>Gesunde Krankenhäuser in Baden-Württemberg in Gefahr – angemessene Finanzausstattung durch den Bund erforderlich</b> – beantragt von der Fraktion GRÜNE . . . . .	1840	3.3 Mündliche Anfrage des Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU – <b>Gewährung einer Beihilfe des Landes zum Ausgleich der in der Landwirtschaft entstandenen Frostschäden</b> . . . . .	1860
Abg. Manfred Lucha GRÜNE . . . . .	1840, 1845	Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU . . . . .	1860
Abg. Stefan Teufel CDU . . . . .	1841, 1846	Minister Alexander Bonde . . . . .	1860, 1861, 1862
Abg. Florian Wahl SPD . . . . .	1842	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP . . . . .	1861
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP . . . . .	1843, 1846	Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU . . . . .	1861
Ministerin Katrin Altpeter . . . . .	1844	Abg. Paul Locherer CDU . . . . .	1862
2. Aktuelle Debatte – <b>Betreuungsgeld stoppen – Rückfall in die Fünfzigerjahre verhindern!</b> – beantragt von der Fraktion der SPD . . . . .	1847	3.4 Mündliche Anfrage des Abg. Klaus Herrmann CDU – <b>Zusätzlicher Spielbankstandort in Baden-Württemberg; Suchtprävention</b> . . . . .	1862
Abg. Rainer Hinderer SPD . . . . .	1847	Schriftliche Antwort des Innenministeriums . . . . .	1862
Abg. Elke Brunnemer CDU . . . . .	1848, 1854	3.5 Mündliche Anfrage des Abg. Wilfried Klenk CDU – <b>Umsetzung des Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland“</b> . . . . .	1863
Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE . . . . .	1850	Schriftliche Antwort des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren . . . . .	1863
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP . . . . .	1851		
Ministerin Katrin Altpeter . . . . .	1852		
Abg. Sabine Wölfle SPD . . . . .	1853		
Abg. Thomas Poreski GRÜNE . . . . .	1855		

<p>4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Weiterentwicklung des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT-Weiterentwicklungsgesetz – KIT-WG)</b> – Drucksache 15/1495. . . . . 1864</p> <p>Staatssekretär Jürgen Walter . . . . . 1864</p> <p>Abg. Katrin Schütz CDU . . . . . 1865</p> <p>Abg. Alexander Salomon GRÜNE . . . . . 1866</p> <p>Abg. Johannes Stober SPD . . . . . 1867</p> <p>Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP. . . . . 1868</p> <p>Beschluss . . . . . 1869</p> <p>5. a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – <b>Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes</b> – Drucksache 15/1496</p> <p>b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU – <b>Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes</b> – Drucksache 15/1511 .. 1869</p> <p>Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP . . . . . 1869, 1875</p> <p>Abg. Manfred Groh CDU . . . . . 1870</p> <p>Abg. Thomas Marwein GRÜNE . . . . . 1872</p> <p>Abg. Gernot Gruber SPD . . . . . 1873</p> <p>Staatssekretärin Dr. Gisela Splett. . . . . 1874</p> <p>Beschluss . . . . . 1876</p> <p>6. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft – <b>Vorgehensweise der Landesregierung im Rahmen der Neuausrichtung des baden-württembergischen Energieversorgers EnBW nach dem durch das Erdbeben und den hierauf folgenden Tsunami in Japan ausgelösten Atomunglück</b> – Drucksache 15/1263. . . . . 1876</p> <p>Abg. Claus Paal CDU . . . . . 1876, 1884</p> <p>Abg. Muhterem Aras GRÜNE. . . . . 1878</p> <p>Abg. Klaus Maier SPD. . . . . 1879</p> <p>Abg. Andreas Glück FDP/DVP . . . . . 1881, 1885</p> <p>Minister Dr. Nils Schmid . . . . . 1882</p> <p>Beschluss . . . . . 1885</p>	<p>7. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft – <b>Verkauf der LBBW Immobilien GmbH an das Konsortium unter Führung der P. I. AG</b> – Drucksache 15/1304. . . . . 1885</p> <p>Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU. . . . . 1885</p> <p>Abg. Muhterem Aras GRÜNE. . . . . 1886</p> <p>Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD . . . . . 1887</p> <p>Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP. . . . . 1889</p> <p>Minister Dr. Nils Schmid . . . . . 1889</p> <p>Abg. Peter Hauk CDU (zur Geschäftsordnung). . . 1892</p> <p>Beschluss . . . . . 1892</p> <p>8. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 1. Dezember 2011 – <b>30. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz Baden-Württemberg 2010/2011</b> – Drucksachen 15/955, 15/1500 .. 1892</p> <p>Abg. Bernd Hitzler CDU . . . . . 1892</p> <p>Abg. Alexander Salomon GRÜNE . . . . . 1894</p> <p>Abg. Peter Hauk CDU (zur Geschäftsordnung). . . 1894</p> <p>Abg. Sascha Binder SPD . . . . . 1895</p> <p>Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP. . . . . 1895</p> <p>Minister Reinhold Gall. . . . . 1896</p> <p>Beschluss . . . . . 1898</p> <p>Abg. Peter Hauk CDU (persönliche Erklärung) .. 1898</p> <p>9. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 15/1505, 15/1506, 15/1507, 15/1508, 15/1509</p> <p>10. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 15/1538 . . . . . 1898</p> <p>Beschluss zu den gemeinsam aufgerufenen Tagesordnungspunkten 9 und 10. . . . . 1898</p> <p>Nächste Sitzung . . . . . 1898</p>
---	---

(Ulrich Lusche)

lagern, sodass es bei der Aufstellung des Flächennutzungsplans der Gemeinde oder beim Genehmigungsverfahren zum Vorschein kommt, weil man, wenn man viele Einzelkonflikte hat, wesentlich weniger schnell zum Ziel kommt, als wenn man von Anfang an sauber abschiebt?

**Abg. Thomas Marwein** GRÜNE: Ich glaube, der Windatlas war die letzte Verzweiflungstat von Herrn Pfister. Er wollte noch einmal etwas Gutes machen, vielleicht als Vorarbeit für Grün-Rot. Vielleicht hat er auch schon gespürt, dass wir kommen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Da hat er uns eine gute Arbeit abgenommen. Ansonsten hätten wir es gemacht; das ist ganz klar.

Zur Frage der Planungssicherheit bzw. der Planungskonflikte: Die Gemeinden organisieren sich selbst; das merke ich, und das haben Sie wahrscheinlich bei Ihren Gemeindebesuchen auch schon festgestellt. Gerade im Schwarzwald sind die Gemeindegrenzen oben auf Bergkämmen.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: So ist es!)

Die Gemeinden kooperieren sehr gut, egal, ob sie in einer Verwaltungsgemeinschaft oder in unterschiedlichen Verwaltungsgemeinschaften sind; überall läuft es sehr gut. Sie treffen sich, sie reden miteinander, machen gemeinsame Gemeinderatssitzungen. Das läuft; dafür braucht man keinen Regionalverband; der erschwert es nur. Deswegen sieht unser Gesetzentwurf ganz klar eine Stärkung der Kommunen vor. Davon versprechen wir uns einfach auch eine größere Geschwindigkeit bei der Planung und letztendlich auch bei der Genehmigung von Windkraftanlagen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Die Industrie wartet darauf. Die Industrie braucht die Planungssicherheit, und sie braucht sie Ende dieses Jahres und nicht erst Ende des Jahres 2013 oder Ende 2014 oder sonst irgendwann. Der Ausbau der Windkraft muss jetzt losgehen und wird jetzt losgehen.

Wir können uns gern im Ausschuss über die technischen Einzelheiten unterhalten, aber wir halten unseren Gesetzentwurf für ausgewogen und gut durchdacht; es haben sich ja mehrere Ministerien damit beschäftigt.

(Zurufe der Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Deswegen mache ich schon heute Werbung dafür. Aber wir sind gern bereit, im Ausschuss darüber zu diskutieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abg. Gruber das Wort.

**Abg. Gernot Gruber** SPD: Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, liebe Schülerinnen und

Schüler! Es ist toll, dass gerade die Schüler so zahlreich anwesend sind, wenn dieses wichtige Thema Windenergie – ein ganz zentrales Zukunftsthema – beraten wird.

Rund neun Monate nachdem die Landesregierung die Eckpunkte für ein neues Landesplanungsgesetz vorgelegt hat und nachdem kürzlich die Anhörung – Herr Marwein hat sie erwähnt, meine Vorredner, Herr Haußmann und Herr Groh, ebenfalls – zum Landesplanungsgesetz hier im Plenarsaal stattgefunden hat, haben jetzt FDP/DVP und CDU eigene Gesetzentwürfe vorgelegt.

Zunächst einmal aus meiner Sicht zum Positiven: Die FDP/DVP teilt das Ziel eines Windkraftanteils von 10 % an der Bruttostromerzeugung bis 2020. Das hat mich sehr gefreut. Auch die CDU erkennt an, dass es einen Änderungsbedarf gibt, dass die Regionalverbände flexibler planen sollen. Auch die CDU – auch das kommt bei mir positiv an – hat das Ziel ausgegeben – zwar nicht in ihrem Gesetzentwurf, aber in ihrem Energiekonzept –, einen Anteil der Windenergie von 10 % für 2020 zu fordern.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: 5 %)

– Gleich, Herr Zimmermann. Sie denken und reden wieder einmal schneller, als ich reden kann.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jeder, wie er kann!)

Vielleicht haben Sie es aber auch nicht genau gelesen. Die CDU fordert – so habe ich es gesagt – 10 % Windenergie bis 2020, aber nur 5 % für unser Bundesland.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Für unser Bundesland – Sie können gern eine Zwischenfrage stellen; ich beantworte sie dann auch gern – fordern Sie also nur die Hälfte, nur 5 % – nur die Hälfte an Energie, nur die Hälfte an Wertschöpfung, letztlich auch deutlich weniger Arbeitsplätze im eigenen Land.

Des Weiteren bin ich schon ein bisschen verblüfft, wenn von Ihnen, Herr Groh, die Aussage kommt: Es ist ganz okay, dass man die Übergangsfristen vom 1. September auf den 31. Dezember verlängert, aber man sollte sie noch deutlich weiter verlängern und nach hinten schieben.

(Abg. Manfred Groh CDU: Ein Jahr!)

Dazu darf ich Ihren Fraktionsvorsitzenden zitieren.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte.

**Abg. Gernot Gruber** SPD: Unter der Überschrift „Union gibt Kampf gegen die Windmühlen auf“ schrieb der „Südkurier“ am 27. Januar 2012:

*Hauk monierte, Grün-Rot komme bei der Förderung der Windkraft nicht voran. Vor allem*

– jetzt, Herr Zimmermann, hören Sie gut zu –

*die Änderung des Landesplanungsgesetzes, um mehr Windenergie zu ermöglichen, werde immer wieder verschoben.*

(Gernot Gruber)

Da ist auch ein Widerspruch vorhanden, den Sie vielleicht auflösen können oder sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wenn es um Beteiligung geht und auch Bürgermeister das Wort ergreifen, möchte ich doch darauf hinweisen, dass ich erwartet hätte, dass ein Bürgermeister sagt: Es ist eine tolle Sache, wenn gerade die Kommunen, die Bürgermeister, die Ebene vor Ort – die Ebene, auf der man sich vor Ort am besten auskennt –, eine aktive Rolle bei der Mitgestaltung der Windkraftplanung bekommt.

Lassen Sie uns aber noch ein Stück weit zurückblicken. Die neue Landesregierung ist mit einem Anteil der Windkraft an der Bruttostromerzeugung von 0,8 % an den Start gegangen. Ausgerechnet in unserem Land der Tüftler, Denker und Sparer wurde die besonders wirtschaftliche Windenergie „verteufelt“. Vor diesem Hintergrund wäre vielleicht eher ein wenig Demut angebracht. Es muss ja nicht gleich die katholische Demut sein, von der Winfried Kretschmann so gern spricht.

(Zuruf des Abg. Martin Hahn GRÜNE)

Aber lassen Sie uns nach vorn schauen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es gibt sicherlich nicht nur einen Weg nach Rom oder auch nicht nur einen Weg zur Windkraft oder zur Windkraftplanung. Rheinland-Pfalz beispielsweise hat verschiedene Wege und Möglichkeiten zugelassen. Gerade Professor Keilen, der Experte aus Rheinland-Pfalz, hat den Kurs des neuen Landesplanungsgesetzes, das die neue Landesregierung vorgelegt hat, ausdrücklich gelobt. Rheinland-Pfalz hat einen Windkraftanteil von 8,6 %. Das wissen Sie. Ich glaube, in diesem Sinn sind wir hier auf einem guten Weg.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Lusche?

**Abg. Gernot Gruber SPD:** Gern.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Ulrich Lusche CDU:** Herr Kollege, vielen Dank. – Wenn Sie das Stichwort Rheinland-Pfalz erwähnen, muss ich Ihnen doch einmal ein Zitat vorlesen.

**Abg. Gernot Gruber SPD:** Kommt auch noch eine Frage?

**Abg. Ulrich Lusche CDU:** Ja. Ist Ihnen bekannt, von wem folgendes Zitat stammt?

(Zurufe von der SPD: Ja!)

*Einen maßgeblichen Fehler kann man bei der regionalen Planungsgemeinschaft Mittelrhein/Westerwald gut erkennen. Dort gibt es keine Planung auf der Ebene der Regionen, ein übergeordnetes Konzept fehlt. ... Es wäre wünschenswert gewesen, dort einen vernünftigen Regionalplan zu entwickeln mit klaren Vorrang- und Ausschlussgebieten, aber das ist nicht gemacht worden.*

Wissen Sie, von wem diese Aussage stammt?

**Abg. Gernot Gruber SPD:** Wenn Sie so suggestiv fragen, wird sie von Professor Keilen sein, vermute ich einmal.

**Abg. Ulrich Lusche CDU:** Nein, sie stammt von der zuständigen Ministerin in Rheinland-Pfalz, Frau Lemke.

**Abg. Gernot Gruber SPD:** Herzlichen Dank.

**Abg. Ulrich Lusche CDU:** Die Frage stelle ich deswegen, weil genau dieser Gesichtspunkt in unserem Gesetzentwurf Berücksichtigung findet.

(Beifall des Abg. Andreas Deuschle CDU – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort hat Herr Abg. Gruber.

**Abg. Gernot Gruber SPD:** Herzlichen Dank. – Wenn Sie gute Regionalpläne aufgestellt hätten oder der politische Wille der Landesregierung vorhanden gewesen wäre – das hat der Regionalvertreter hier auf meine Frage bei der Anhörung gesagt –,

(Zuruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

würden wir bei der Windenergie vielleicht auch besser dastehen. Ich habe überhaupt nichts gegen eine gute Regionalplanung. Auch der Vorschlag der neuen Landesregierung sieht durchaus vor, dass die Regionalverbände weiterhin Vorranggebiete ausweisen können.

In diesem Sinn glaube ich: Die Zukunft der regenerativen Energien ist vielfältig. Wir kommen mit der Windenergie voran, wenn wir sie sowohl auf der Ebene der Regionen als auch vor allem dezentral und kommunal planen. Lassen Sie uns auf diesem Weg möglichst viele mitnehmen, vielleicht auch möglichst viele von den Kolleginnen und Kollegen der Opposition und vor allem möglichst viele vor Ort in den Kommunen in einer Koalition der Willigen, der Verantwortungswilligen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Frau Staatssekretärin Dr. Splett das Wort.

**Staatssekretärin Dr. Gisela Splett:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mich freut, dass das Thema Energiewende und vor allem der dringend erforderliche Ausbau der Windkraft bei den Landtagsfraktionen der FDP/DVP und der CDU inzwischen angekommen sind.

(Beifall des Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE)

Mich freut, dass diese beiden Landtagsfraktionen die Notwendigkeit einer Gesetzesänderung erkannt haben. Aus diesem Grund liegen dem Landtag heute zwei weitere Gesetzentwürfe zur Änderung des Landesplanungsgesetzes vor. Zusammen mit unserem Gesetzentwurf sind es jetzt insgesamt drei Gesetzentwürfe, über die Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, entscheiden müssen.

(Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

„Aller guten Dinge sind drei“, könnte man sagen. Ich sage aber, dass wir mit unserem Gesetzentwurf den zeitnahen und